

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

184/13

Beschluss	
Nr.	vom
wird von StSt OB-Büro ausgefüllt	

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Abteilung 8.2

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
23.09.2013

1. **Betreff:** Überprüfung der Offenburger Straßennamen
-

2. **Beratungsfolge:** Sitzungstermin Öffentlichkeitsstatus

1. Kulturausschuss	23.10.2013	öffentlich
--------------------	------------	------------

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

Der Kulturausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung zur Überprüfung der Offenburger Straßennamen zu.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

184/13

Dezernat/Fachbereich: Fachbereich 8, Abteilung 8.2	Bearbeitet von: Dr. Wolfgang Gall	Tel. Nr.: 82 2557	Datum: 23.09.2013
---	--------------------------------------	----------------------	----------------------

Betreff: Überprüfung der Offenburger Straßennamen

Sachverhalt/Begründung:

Überprüfung der Offenburger Straßennamen

Gegenwärtig wird in Städten und Gemeinden um die geschichtliche Bedeutung einzelner Straßennamen intensiv und leidenschaftlich gestritten. In erster Linie steht die Zeit des Nationalsozialismus im Vordergrund, teilweise geht es um Straßennamen, die nach Personen oder Orten benannt worden sind, die mit Diktatur, Militarismus, Antisemitismus, Rassismus, Kolonialismus oder der Verfolgung von Minderheiten in Verbindung stehen. Initiiert werden die Debatten von Verwaltungen, Gemeinderatsfraktionen, Institutionen, einzelnen Bürger/innen oder Initiativen. Die Entscheidungen, die aus den teilweise kontrovers geführten Debatten hervorgegangen sind, fallen von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich aus.

Straßennamen dienen Bewohnern und Besuchern eines Ortes in der Regel zunächst zur räumlichen Orientierung. Bei Personennamen, teilweise Ortsnamen, soll die Erinnerung wach gehalten und das Gedenken gefördert und geehrt werden. Sie sind deshalb wie Denkmäler, Archive und Museen „Gedächtnisspeicher“ des „kollektiven Gedächtnisses“. Das darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass Straßennamen nicht das Gedächtnis einer Stadt darstellen, sondern zunächst die Erinnerung der jeweils herrschenden, Namen gebenden Gruppen, Institutionen und Einrichtungen zu einem bestimmten Zeitpunkt abbilden. In ihnen drückt sich ebenso wie bei anderen Gedächtnisorten der öffentliche Gebrauch der Geschichte durch Deutungseliten aus. Gemeinsame Erinnerungen und das kollektive Gedächtnis werden jedoch immer wieder neu ausgehandelt und festgelegt. Das zeigt das Beispiel von Persönlichkeiten wie dem badischen Revolutionär Friedrich Hecker. Während der Zeit der Studentenunruhen um 1968 wurde dieser von deren politischen Gegnern als Kommunist oder Vorläufer des RAF-Terrorismus verschrien. Fast dreißig Jahre später, beim Offenburger Freiheitsfest im Jahr 1997, trug der damalige Ministerpräsident Erwin Teufel stolz den Heckerhut. Auf dem Kulturforum trägt eine Straße seinen Namen.

Der exemplarische Fall Hindenburg

Die aktuelle Straßennamen-Debatte fokussiert sich auf die Neubewertung des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, dem 1927 zum 80. Geburtstag in vielen Städten, u.a. auch in Offenburg, eine Straße gewidmet worden war. Auslöser der Hindenburg-Diskussion war die 2007 veröffentlichte Hindenburg-Biografie des Stuttgarter Ordinarius Wolfram Pyta (Hindenburg, Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2009). Der Historiker betreibt in seiner Studie weder Verdammung noch Heldenverehrung, weist aber nach, dass Hindenburg wesentlich an der propagandistischen Verbreitung der sog. „Dolchstoßlegende“ beteiligt war. Hindenburg (seit 1916 gemeinsam mit Erich Ludendorff Chef der Obersten Heeresleitung) beabsichtigte, die Öffentlichkeit davon abzulenken, dass er sich unstaatsmännisch aus der politischen Verantwortung geschlichen und die Schuld für die Niederlage den

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

184/13

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Abteilung 8.2

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
23.09.2013

Betreff: Überprüfung der Offenburger Straßennamen

demokratischen Politikern in die Schuhe geschoben hatte. Die Dolchstoßlegende besagt, dass das deutsche Heer "im Felde unbesiegt" gewesen sei und schreibt die Niederlage des Reiches Sozialdemokraten und Kommunisten zu, die den Soldaten an der Heimatfront in den Rücken gefallen seien. In der vom Krieg traumatisierten Gesellschaft der Weimarer Republik gewann diese These zahlreiche Anhänger und zerstörte die ohnehin geringe Akzeptanz der jungen Demokratie. Den rechtsradikalen Mördern des Zentrums politiklers Matthias Erzberger bei Bad Griesbach (1921) lieferte die Dolchstoßlegende die ideologische Begründung ihrer Tat. Beide Täter kamen frei, nachdem Hindenburg sie amnestiert hatte und wurden im Dritten Reich als Volkshelden gefeiert.

Pyta weist zudem nach, dass Hindenburg keineswegs der „ehrliche Makler zwischen rechts und links“ war, wie dies in der Vergangenheit immer dargestellt wurde und auch nicht senil und unfähig, sein eigenes Handeln zu übersehen. Er sei eine zutiefst antidemokratische und antiparlamentarische Figur, die stets „Herr über ihre Entscheidungen“ war. Hindenburg agierte während des Ersten Weltkriegs und während seiner späteren Präsidentschaft quasi diktatorisch und entschied sich alleine für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Sein Ziel war die nicht verfassungskonforme Vorstellung einer autoritären „Volksgemeinschaft“, die keinen politischen Pluralismus duldet und auch die politischen Gegner dieser Ordnung ausschalten sollte. Darum wirkte er seit 1929 aktiv an der autoritären Verformung der parlamentarischen demokratischen Verfassungsordnung und arbeitete auf deren Zerstörung hin. Als sich sein Projekt der nationalen „Volksgemeinschaft“ nicht mehr ohne Unterstützung der nationalsozialistischen Massenbewegung verwirklichen ließ, unterstütze Hindenburg die Kanzlerschaft Hitlers. Die zeitgenössische Meinung, um Hitler zu hindern, auf Hindenburg als Alternative zu setzen, erwies sich rückblickend als fatale Fehleinschätzung. Mit seiner späteren Unterschrift zum Ermächtigungsgesetz legte Hindenburg gewissermaßen den Grundstein dafür, dass es Hitler ermöglicht wurde, seine Judenvernichtungspläne zu verwirklichen. In seinem politischen Testament schrieb er: *„Ich scheide von meinem deutschen Volk in der Hoffnung, daß das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes reifen wird.“* (Quelle: Werner Maser, Hindenburg, Eine politische Biographie, Ff/M. – Bln., 1990.)

Umbenennung oder nicht? Schlussfolgerungen in den Kommunen

Pytas Forschungsergebnisse brachten eine öffentliche Umbenennungs-Diskussion in Gang, die zuerst in Universitätsstädten, später auch in kleineren Kommunen geführt wurde bzw. wird. Allgemein zu beobachten ist, dass die Hindenburg-Debatte oft kontrovers und unterschiedlich diskutiert wird. Die Risse gehen teilweise durch die Parteien. Streitpunkt ist neben der Einschätzung der Person Hindenburgs die Frage, welche geschichtspolitischen Signale unsere Gesellschaft setzen will.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

184/13

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Abteilung 8.2

Bearbeitet von:
Dr. Wolfgang Gall

Tel. Nr.:
82 2557

Datum:
23.09.2013

Betreff: Überprüfung der Offenburger Straßennamen

Bei der Diskussion um Straßenumbenennungen treffen zwei Sichtweisen aufeinander: Viele Menschen betrachten Straßennamen lediglich als Orientierungshilfen, andere wiederum halten, wie erwähnt, die Symbolfunktion für das kollektive Gedächtnis für wichtig. Die Befürworter einer Umbenennung betrachten den Umbenennungsakt als bewusstes politisches Zeichen. Sie verweisen darauf, dass der öffentliche Raum weitgehend von Erinnerungsmalen militärischer und nationalistischer Denkmäler belegt wird und weniger von demokratischer Erinnerungskultur.

Ihre Gegner kritisieren Straßenumbenennungen als moralischen Ausdruck einer „Political Correctness“, die am liebsten alle heute unbequemen historischen Aspekte aus dem öffentlichen Raum verdammen möchte.

In Waldkirch, Mainz, Ulm, Kiel, Sylt und jüngst in Rastatt wurde eine Umbenennung abgelehnt. In Reutlingen unterstrich der Rat seine ablehnende Haltung mit der Begründung „Hindenburg wird von der Geschichtswissenschaft kritisch-differenziert und in all seiner Ambivalenz als bedeutende Persönlichkeit der jüngeren deutschen Geschichte betrachtet. Sachlich zwingende Gründe für die Umbenennung ... ergeben sich somit nicht.“ In Trier sprach sich der Stadtrat hingegen für die Umbenennung aus. Im westfälischen Münster entschieden sich Verwaltungsspitze und Stadtrat für die Rückbenennung des Hindenburgplatzes in Schlossplatz. Der Forderung einer Bürgerinitiative, mit einem Bürgerentscheid über die Rücknahme der Umbenennung abzustimmen, stimmte der Stadtrat nicht zu. Der Gemeinderat der Stadt Bühl wiederum sprach sich einstimmig dafür aus, die Hindenburgstraße in Herbert-Odenheimerstraße umzubenennen, also einem jüdischen Bühler Kind, das in Gurs ermordet wurde. In Schwäbisch-Gmünd wird über eine Umbenennung des Hindenburgplatzes diskutiert. In einigen Städten hat man sich noch nicht entschieden. Die Stadt Freiburg hat eine Historikerkommission gebildet und einen Historiker mit der Überprüfung aller Freiburger Straßennamen beauftragt. Auch in Mannheim werden Straßennamen überprüft und man entschied sich dort (wie auch in Baden-Baden) für eine Umbenennung der Karl-Peters-Straße (ehemaliger Reichskommissar von Deutsch-Ostafrika, ging sehr brutal gegen die Bevölkerung vor und wird als ein geistiger Vater nationalsozialistischen Gedankenguts gesehen).

Das Thema „Straßenumbenennung“ in Offenburg

Im Zuge der Entnazifizierungsmaßnahmen wurden 1945 die von den Nationalsozialisten erfolgten Straßenumbenennungen von den französischen Besatzungsbehörden rückgängig gemacht (z.B. Adolf-Hitlerstraße in Hauptstraße).

1989 beantragte die SPD-Fraktion die Umbenennung der von den Nationalsozialisten aus propagandistischen Gründen nach Jagdfliegern des Ersten Weltkriegs (Oswald Boelcke, Max-Immelmann, Josef Oehler und Manfred von Richthofen) benannten Straßennamen. Den Antrag lehnte der Gemeinderat mehrheitlich ab.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

184/13

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 8, Abteilung 8.2

Bearbeitet von: Tel. Nr.:
Dr. Wolfgang Gall 82 2557

Datum:
23.09.2013

Betreff: Überprüfung der Offenburger Straßennamen

Ebenso kontrovers geführt wurde die Namensgebung des Areals der ehemaligen Kaserne in der Weingartenstraße. In diesem Fall entschieden sich Verwaltung und Gemeinderat mehrheitlich für den Namen „Kulturforum“. Man ging damit bewusst auf Distanz zum bisherigen Namen „Ihlenfeld“. Das Abrücken von einer völkisch-deutsch-nationalen Traditionsbildung war für die Konversionsidee politisch enorm wichtig.

Im strittigen Fall der Moltkestraße, die 1994 auf Antrag der Grünen Fraktion umbenannt werden sollte, einigte man sich auf einen Kompromiss: Die verlängerte Moltkestraße wurde nach dem Widerstandskämpfer Helmuth James Graf von Moltke benannt.

Natürlich sind Kommunalverwaltungen bei Umbenennung eines Straßennamens eher zurückhaltend, weil diese für die Anwohnenden mit vielen Behördengängen (Ummeldungen, Pass, Führerschein) und Kosten verbunden ist; ein Argument, das man unabhängig von der inhaltlichen Debatte nicht außer Acht lassen darf. Um das Beispiel der Offenburger Hindenburgstraße zu nehmen: dort wohnen aktuell 558 Personen. Dazu kommen 26 gemeldete Gewerbebetriebe und ca. 13 nicht meldepflichtige Betriebe. Falls sich Verwaltung und Gemeinderat generell für eine Umbenennung entscheiden würden, wäre für die Anwohner eine Ummeldung im Bürgerbüro gebührenfrei, bei einer Gewerbeummeldung (momentan 20 €) müsste die Verwaltung Gebührenfreiheit gewähren.

Verfahrensvorschlag

Die Stadtverwaltung Offenburg hat sich in der jüngsten Vergangenheit stets mit kritischen Themen der Stadtgeschichte auseinander gesetzt und will sich dieser neuen Debatte nicht verschließen. Vor einer generellen Entscheidung, ob überhaupt eine Straße im Einzelfall umbenannt werden sollte oder eine Alternativlösung vorzuziehen wäre, unterzieht das Archiv alle Offenburger Straßennamen einer kritischen Überprüfung und ordnet sie in drei Kategorien ein:

- A. Unbelastete Straßennamen
- B. Umstrittene Straßennamen
- C. Belastete Straßennamen

Neben dem Archivleiter sollen zwei mit der Thematik vertraute externe Fachhistoriker hinzugezogen werden. Der Bericht, der auch konkrete Empfehlungen enthalten soll, wird zur nächsten Kulturausschusssitzung zur Diskussion und Entscheidung vorgelegt.